

**Gegenstand: S-Bahnhaltepunkt Speyer-Süd, Information über den Planungsstand**

Der Vorsitzende begrüßt Frau Hannappel von der DB Station & Service AG und Herrn Wühl vom VRN. Frau Hannappel stellt die Planungsvarianten vor. Herr Wühl erläutert die Kosten und die Finanzierung und gibt einen Überblick über den weiteren Ablauf des Projekts. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt. Den Ausschussmitgliedern wird die Präsentation zugeschickt.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Diskussion sowie Entscheidung über das weitere Vorgehen nach der Sommerpause zu treffen. Die Ausschussmitglieder haben Gelegenheit Fragen zu stellen.

Ausschussmitglied Hinderberger fragt, ob die Bürger schon beteiligt worden seien oder noch beteiligt würden.

Herr Ritter antwortet, die Bürger seien schon im frühen Stadium im Jahre 2000 bei einer Bürgerversammlung im Ägidienhaus beteiligt worden. Es sei ihnen aber zugesagt worden, dass sie in der Planungsphase erneut beteiligt würden.

Ausschussmitglied Dr. Jung zeigt sich von den Kosten überrascht, die auf die Stadt zukommen würden. Er fragt, ob kein anderes Finanzierungsmodell zur Verfügung stünde und möchte wissen, wie es beim Haltepunkt Nord gewesen sei.

Herr Wühl antwortet, man müsse zwischen erster und zweiter Stufe der S-Bahn Rhein-Neckar unterscheiden. Die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg hätten sich auf das höchste Förderniveau geeinigt. In Speyer habe es die Besonderheit gegeben, dass parallel zu dem S-Bahnvorhaben noch der Haltepunkt SP Nord/West gebaut worden sei. Dieser Haltepunkt sei als reine Landes GVFG-Maßnahme umgesetzt worden. D.h., das Land habe damals seinen Förderanteil dazu gegeben und alles was darüber hinausgegangen sei, sowohl die Planungskosten als auch die Komplementärfinanzierung für den Bau, habe damals schon durch die Stadt getragen werden müssen.

Ausschussmitglied Seither fragt, ob es möglich sei, eine Bahnhofssituation für ca. 1-2 Stunden zu simulieren, damit die Anwohner einen Eindruck davon bekämen, was mit dem S-Bahnhaltepunkt auf sie zukomme.

Frau Hannappel antwortet, dieser Vorschlag könne geprüft werden. Weiterhin stellt sie die Frage, ob der Haltepunkt barrierefrei erschlossen werden müsse, da schon der Hauptbahnhof barrierefrei erschlossen sei und relativ nahe liege. Aufgrund von Vandalismus Schäden und aufgrund des Aufwandes für Erneuerungen, die in Zeitabständen von 10 – 15 Jahren erforderlich seien, würden Aufzüge hohe Kosten nach sich ziehen.

Der Vorsitzende dankt Frau Hannappel und Herrn Wühl für die Präsentation.

**Gegenstand: Energiebericht 2010**  
**Vorlage: 0528/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses. Die Ausschussmitglieder erhalten als Tischvorlage ein korrigiertes Inhaltsverzeichnis für den Energiebericht.

Ausschussmitglied Dr. Jung fragt, wie sich der erhöhte Stromverbrauch erklären lasse. Weiterhin schlägt er vor, als Anreiz zum Sparen ein System zu entwickeln, bei dem ein Teil der Ersparnisse an die verschiedenen Verbrauchsstellen zurückgegeben werde.

Der Vorsitzende antwortet, es habe leider nicht festgestellt werden können, wieso der Strom- und Wasserverbrauch gestiegen seien. Nun werde geprüft, inwieweit, vergleichbar mit der Wärmeversorgung, eine zentrale Bewirtschaftung erfolgen könne, um genauere Informationen zu erhalten.

Herr Ritter erklärt zu dem Vorschlag von Dr. Jung, bei der Wärmeversorgung sei ein Fifty-Fifty-Modell problematisch, da Einsparungen auf investive Maßnahmen der Stadt zurückzuführen seien und weniger auf das Nutzungsverhalten. Gerade bei Wasser und Strom könnten jedoch die Verbraucher durch entsprechendes Verhalten Einsparungen erzielen. Die Schaffung von Anreizen zur Einsparung sei sinnvoll und stehe auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe Energiecontrolling.

Ausschussmitglied Jaberg schlägt vor, in den städtischen Gebäuden visualisierte Verbrauchsanzeigen zu installieren.

Ausschussmitglied Dr. Jung regt an, die Agenda 21-Beauftragte sollte ein Konzept entwickeln, wonach über Projektarbeit in den Schulen das Bewusstsein für die Umwelt ausgebaut werden könne.

**Beschluss (einstimmig):**

**Der Bau- und Planungsausschuss nimmt den Energiebericht 2010 zustimmend zur Kenntnis.**

**Gegenstand: Am Germansberg - Herstellung von ordnungsgemäßen Zufahrten und Stellplätzen**  
**Vorlage: 0518/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Ausschussmitglieder Theobald und Roßkopf sprechen sich dafür aus, Rasengittersteine zu verwenden, um eine bessere Versickerung zu erreichen.

Herr Reimer erklärt, Rasengittersteine hätten eine geringere Belastbarkeit und eine kürzere Haltbarkeit. Es gebe anderes Pflaster mit breiteren Fugen, das auch eine bessere Versickerung gewährleiste.

Der Vorsitzende schlägt vor, Pflaster mit breiteren Fugen zu verwenden.

**Beschluss (einstimmig, bei 1 Enthaltung):**

**Der Bau- und Planungsausschuss stimmt den Plänen zur Herstellung von ordnungsgemäßen Zufahrten und Stellplätzen im Bereich des Grünstreifens - Am Germansberg zu, mit der Maßgabe, dass Pflaster mit breiteren Fugen verwendet wird.**

**Gegenstand: Kurt-Schumacher-Straße - Erneuerung von Geh- und Radweg  
zwischen Im Erlich und Wingertsgewann  
Vorlage: 0520/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Ausschussmitglied Dr. Jung regt an, den Grünstreifen, vor dem Café gegenüber dem Berliner Platz, ansprechender zu gestalten.

Ausschussmitglied Hinderberger vertritt die Auffassung, dass sich der Fahrradweg in einem sehr guten Zustand befinde.

**Beschluss (bei 2 Gegenstimmen):**

**Der Bau- und Planungsausschuss stimmt der Erneuerung des Geh- und Radweges in der Kurt-Schumacher-Straße im Bereich von Im Erlich bis Wingertsgewann zu.**

**Gegenstand: Ausbau der Kolbstraße**  
**Vorlage: 0517/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Das stellvertretende Ausschussmitglied Czerny kritisiert, dass der Punkt nicht im Verkehrsausschuss behandelt werde. Ausschussmitglied Jaberg vertritt die Auffassung, dass viele Maßnahmen nur als Baumaßnahmen betrachtet würden, obwohl sie immer etwas mit Verkehr zu tun hätten. Verkehrstechnische Fragen sollten stärker beleuchtet werden, bevor über eine Baumaßnahme beschlossen werde.

Der Vorsitzende verweist auf die Hauptsatzung, wonach Fragen der Gestaltung von städtischen Hoch- und Tiefbaumaßnahmen in den Bau- und Planungsausschuss gehören.

Das stellvertretende Ausschussmitglied Czerny schlägt vor, die Kolbstraße als Einbahnstraße auszuweisen und die Straßenbreite zugunsten der Gehwege zu reduzieren.

Ausschussmitglied Feiniler weist darauf hin, dass z.Zt. die Autos direkt an den Häusern parken würden und die vorliegende Planung eine erhebliche Verbesserung darstelle.

Ausschussmitglied Neugebauer schlägt vor, den Gehweg auf der Gartenseite zugunsten des Gehweges auf der Häuserseite zu reduzieren.

Der Vorsitzende befürchtet, dass aufgrund parkender Autos von einem schmälere Gehweg nichts mehr übrig bleiben könnte.

Herr Reimer erklärt, durch die Einbahnstraße müsste das Karree umfahren werden, wodurch mehr Verkehr entstünde. Der maximale Platzgewinn wäre ein Meter, da auch die Einbahnstraße 4 Meter breit sein müsste.

**Beschluss (bei 1 Gegenstimme):**

**Der Bau- und Planungsausschuss stimmt den Plänen zum Ausbau der Kolbstraße zu.**

12. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Speyer am 15.06.2011



12. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses 15.06.2011 **Hansjörg Eger**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!